III.

Das Ende der preußisch-französischen Allianz im Jahre 1756.

Von

Arnold Schaefer.*)

Es ist bekannt, daß König Friedrich II im ersten schlesischen Kriege, als Maria Theresia im Vertrauen auf den Beistand Großbritanniens, Hollands und Rußlands alle seine Anträge zurückwies, am 5. Juni 1741 mit Ludwig XV von Frankreich ein Defensivbündniß auf fünfzehn Jahre abschloß. Zu diesem Bündnisse traten in den folgenden Jahren neue Verträge hinzu, welche die einmal eingegangene Verbindung befestigen sollten, zunächst die Offensivallianz vom 5. Juni 1744, auf welche gestützt Friedrich II den zweiten schlesischen Krieg unternahm. Da jedoch Frankreich die versprochene Hilfe nicht leistete, schloß König Friedrich für sich Weihnachten 1745 den Dresdner Frieden ab und blieb bei dem weiteren Verlauf des österreichischen Erbfolgekrieges unbetheiligt. Als dieser Krieg sich seinem Ende näherte, erregte die fortwährende Bedrohung Schwedens durch die Russen seine vorzügliche Besorgniß und führte zu neuen Verträgen mit Frankreich. Am 29. Mai 1747 hatte Friedrich der

---

*) Ueber den Beginn des siebenjährigen Krieges hat Herr Dr. Bernhardt Bd. XII S. 22 ff. dieser Zeitschrift in sehr anerkennenswerther Weise gehandelt. Es erscheint aber zweckmäßig, auf Grund noch nicht veröffentlichter Berichte und Actenstücke diesen wichtigen Gegenstand von neuem zu erörtern.

A. S.

Große mit Schweden ein Defensivbündniß abgeschlossen und ein Hilfscorps zugesichert. Ludwig XV erklärte seinen Beitritt und unterzeichnete die Accessionsacte, durch welche eine Tripleallianz gegen Rußland gebildet ward, am 24. Januar 1748, dem Geburtstage des preußischen Monarchen. Als im Jahre 1750 der diplomatische Verkehr zwischen Rußland und Preußen abgebrochen wurde und der Einmarsch der Russen in Finnland jeden Tag schien erfolgen zu sollen, schloß König Friedrich den 24. December 1750 und den 2. Januar 1751 zwei Verträge mit dem Herzog von Braunschweig und dem König von Frankreich, kraft deren der Herzog sich verpflichtete, auf sechs Jahre 4000 Mann seiner Truppen bereit zu halten, welche im Falle eines Krieges theils nach Magdeburg theils nach Stettin in Garnison gelegt werden sollten. Dafür zahlte Frankreich an Preußen und dieses wiederum an Braunschweig jährlich 100000 Thlr., im Kriegsfalle das doppelte. Diese Gefahr eines nordischen Krieges gieng vorüber, da auch König Georg II von England dahin wirkte, daß die Russen von einem Angriffe auf Schweden abstanden. Wie gegen Rußland so unterstützte Frankreich Friedrich den Großen auch in seinem Bestreben, die englischer Seits betriebene Erwählung des Erzherzogs Joseph zum römischen Könige hinauszuziehen. Kurz wo Preußen durch die verbündeten Höfe von Wien, Petersburg und London sich gefährdet sah, fand es einen Rückhalt an Frankreich. Zwar kamen zwischen dem französischen und preußischen Hofe Mißhelligkeiten vor: mehr als einmal hatte König Friedrich II mit Wort und That handgreiflich zu beweisen, daß er Frankreichs Alliirter sei und nicht sein Vasall; aber auf die Verstimmung folgte wieder ein thatsächliches Zusammengehen in europäischen Fragen, das durch das einmal angenommene politische System geboten war.

Da brach über die Grenzen der britischen und französischen Colonisation in Nordamerika nach langen fruchtlosen Verhandlungen der Cabinete unter den Ansiedlern selbst offener Krieg aus, und da es sich um die ganze Zukunft jener Colonien handelte, wurden die Mutterländer, so sehr die Regierungen auch widerstrebten, in den Krieg hineingezogen, der schließlich zu einem allgemeinen See- und Continentalkriege und zur Auflösung des bestehenden politischen Systems von Europa führte. König Georg II von England nahm

kraft der bestehenden Allianz Oesterreichs Hilfe in Anspruch und verlangte von Maria Theresia, daß sie die österreichischen Niederlande und Hannover gegen eine französische Invasion decke: die Kaiserin dagegen war entschlossen, für nichts anderes das Schwert zu ziehen als um Schlesien wiederzuerobern, und richtete alle ihre Vorschläge nicht gegen Frankreich, sondern gegen Preußen. Da die englische Regierung hierauf nicht eingieng, hatte die österreichisch-englische Allianz mit dem österreichischen Ultimatum vom 19. Juni 1755 ihr Ende erreicht.

Maria Theresia und ihr Kanzler Graf Kaunitz wagten es, den in Zeiten der Noth und Bedrängniß erprobten Verbündeten als unnütz aufzugeben, theils weil sie des russischen Hofes sicher waren, vorzüglich aber weil sie in Folge jahrelanger Bemühungen auf den französischen Hof so weit zählen durften, daß sie von ihm keinen Angriff befürchteten: vielmehr glaubten sie jetzt die Zeit gekommen, ein Bündniß mit Frankreich abzuschließen, das ihre liebsten Wünsche und dringendsten Anliegen zum Ziele führen sollte.

Diese Berechnung gründete sich auf die genaue Kenntniß des französischen Hofes und der an demselben maßgebenden Persönlichkeiten, welche Kaunitz besaß. Ludwig XV war in elender Erschlaffung so weit gekommen, daß er seine Person und seinen Staat der Leitung einer Buhlerin überließ, der Marquise de Pompadour, welche auch nachdem ihre Reize verblüht waren ihn als seine Vertraute umgarnt hielt, und diese war gesonnen, auf die Allianz mit dem österreichischen Hofe ein neues politisches System zu gründen, welches ihren Einfluß vor jeder Anfechtung sichern sollte.

König Ludwig XV war nicht ohne Sinn für die Fragen der auswärtigen Politik und nicht ohne Interesse für das Getriebe der Diplomatie, so lange er mehr zuschauen konnte als zum thätigen Eingreifen genöthigt war. Er wußte zu schweigen und die Zeit zu erwarten. Natürlich faßte er alles unter höfischen und dynastischen Gesichtspunkten auf: wo persönliche Vorliebe oder Abneigung hinzukam, war er der größten Opfer fähig und in seiner Ungnade und seinem Hasse unversöhnlich. Niemals ward er von Grundsätzen der Staatskunst bestimmt, sondern von einem engen Kreise leitender Ideen, an welche er seine königliche Ehre und sein Seelenheil ge-

bunden erachtete. Wenn er diese im Spiele glaubte, war er im Stande schnelle und kühne Entscheidungen zu treffen und daran mit Zähigkeit festzuhalten. Aber wo es darauf ankam, nicht nach flüchtigem Gutdünken oder Gemüthserregung, sondern nach bedächtiger Erwägung der Gründe, nach Maßgabe der Wege und Mittel und aller Bedingungen des Erfolges einen Entschluß zu fassen und diesem gemäß zu handeln, da trat seine Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit und der gänzliche Mangel sittlicher Spannkraft zu Tage. Dem Cardinal Fleury hatte er ein unbegrenztes Vertrauen geschenkt: nach dessen Tode gab es keinen leitenden Minister mehr. Er wollte selbstregierender König sein wie Ludwig XIV es gewesen war, aber da er den Ernst der Geschäfte scheute, beförderte er nur die Cabale. Männer vom höchsten Range und Diensterfahrung getrauten sich selbst in den dringendsten Fällen nicht mit dem Könige offen und freimüthig über Staatsangelegenheiten zu reden, weil es gegen die Etikette war, der sie mit knechtischer Unterwürfigkeit sich fügten: dafür klagten sie um so bitterer im vertrauten Kreise. Ludwig XV selbst richtete neben der amtlichen Geschäftsbehandlung durch seine Minister noch eine geheime Diplomatie ein, welche der Prinz Conti leitete. Sie hatte den Zweck, die Minister zu controliren und in gewissen Fällen eine andere Politik einzufädeln als die, welche sie als Beamte der Krone mit königlicher Genehmigung handhabten. Auf den Prinzen Conti war das lebhafteste Interesse für Polen vererbt, und mitten in einem Leben voll Ausschweifungen verfolgte er doch eifrig seinen Zweck, eine künftige polnische Königswahl auf sich zu lenken. Zu diesem Ende arbeitete er seit Jahren daran, die französische Partei in Polen zu verstärken, ein ewiges Bündniß der Republik mit der Türkei, mit Schweden und mit Preußen einzuleiten und so die Herrschaft, welche mittelst des sächsischen Königshauses Oesterreich und Rußland über Polen ausübten, zu brechen. Er glaubte sich seinem Ziele nicht fern, als der Seekrieg mit England ausbrach und Oesterreich sowohl als Sachsen dem französischen Hofe Bündnisse antrugen, welche den Absichten des Prinzen schnurstraks zuwiderliefen. Um so willkommener waren sie seiner Feindin der Marquise. Conti hatte die Pompadour durch eine andere Favoritin zu verdrängen gesucht. Dieß war nicht gelungen, die Pompadour behauptete den

Platz, aber die Nähe der Gefahr zeigte ihr die Nothwendigkeit, den Prinzen Conti ganz zu entfernen und um dem Hofe sicher zu gebieten auch die Politik zu beherrschen. Es gelang ihr zusehends. Das Ministerium war uneinig und ohne Kraft: noch zählte es Mitglieder, welche ihr widerwärtig und feind waren: um so ergebener aber zeigten sich andere, namentlich der Großsiegelbewahrer Machault und Rouillé, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Rouillé ward, nachdem er lange im Finanzfache gearbeitet und zuletzt das Ministerium der Marine bekleidet hatte, 1754 in einem Alter von 65 Jahren zum auswärtigen Ministerium berufen. Für diesen wichtigen Posten hatte er weder Talent noch Erfahrung. Seine Kenntniß der Geschichte und der Politik war dürftig: vergebens suchte er durch den hochfahrenden Ton, den er gegen tüchtige Untergebene und gegen fremde Gesandte annahm, die Blößen, welche er sich gab, zu verdecken. Ohne tiefere Einsicht und ohne festes System, nicht fähig einen selbständigen Entschluß zu fassen, folgte er einzig den Weisungen der Pompadour, welche ihrerseits sich von dem Abbé Grafen Bernis berathen ließ. Ihr Einfluß machte sich seit dem Ende des Jahres 1754 überall geltend. Ohne Vorbesprechung mit ihr ward über innere und äußere Angelegenheiten kein wichtiger Beschluß gefaßt, oft ergriff sie selbst die Initiative. Unter diesen Umständen hielt sie es an der Zeit, den schon früher gehegten Plan eines Bündnisses mit Oesterreich wieder aufzunehmen. Damit war der Prinz Conti abgethan, und Preußen, bisher der angesehenste Bundesgenosse Frankreichs, mußte in den zweiten oder dritten Rang zurücktreten.

Von jeher war König Friedrich der Pompadour zuwider. In den ersten Monaten ihres Glückes am Hofe, im Jahre 1745, hatte er Ludwig XV durch den mit England geschlossenen Vertrag von Hannover empfindlichen Verdruß bereitet. In den folgenden Kriegsjahren erwies er Frankreich keinen directen Dienst, sondern wahrte jederzeit stolz seine Neutralität und seine Selbständigkeit. Von den Gesandten aller Höfe empfieng die Pompadour Huldigungen, von keinem weniger als von dem preußischen. Es schmeichelte ihrer Eitelkeit in hohem Grade, daß die Kaiserin Maria Theresia sich durch ihren Gesandten Grafen Starhemberg ihr Bildniß ausbat. Ein gleiches thaten die Brüder Friedrichs: aber der König selbst ließ sich

zu einer solchen Bitte so wenig als zu irgend einer andern Aufmerksamkeit herab, vielmehr wurden ihr beißende Spöttereien desselben über sie und ihren Herrn hinterbracht. Von Kindesbeinen an hatte Friedrich nie einen guten Witz oder eine treffende Spitze zurückhalten mögen: weder die Schläge seines Vaters noch so mancher viel schmerzlichere Streich, welchen gereizte Empfindlichkeit gegen ihn und gegen seinen Staat führte, konnten die angeborne Neigung unterdrücken. Gerade hierin fühlte er sich geistesverwandt mit Voltaire, dessen leichtes glänzendes Talent und Formgewandtheit ihn in solchem Grade fesselte, daß er sich trotz der schlimmen Erfahrungen, die er mit diesem seinem litterarischen Lehrmeister machte, nie völlig von ihm losriß. Es ist bekannt, wie übel Voltaires Aufenthalt am preußischen Hofe ablief. Für die erfahrene Kränkung nahm Voltaire boshafte Rache, indem er der Pompadour Spottgedichte, welche König Friedrich auf sie gemacht hatte, in Abschrift zufertigte; alsdann ließ er sie mit den übrigen Poesien Friedrichs, welche das als Manuscript gedruckte Exemplar enthalten hatte, nachdrucken. Der ganze Kreis von Schöngeistern, der sich um die Favorite drehte, namentlich der Abbé Bernis, war darin arg mitgenommen und entbrannte vor Zorn über die scharfen Stiche des fürstlichen Schriftstellers. Manches gesprochene oder nicht gesprochene Wort steigerte noch die Erbitterung: am tiefsten mochte die Pompadour die Verachtung reizen, mit der Friedrich, als sie ihn durch Voltaire ihrer Verehrung versichern ließ, erwidert hatte: ich kenne sie nicht, je ne la connois pas. Das Maß ihres Hasses aber wurde voll durch eine neue Kränkung ihres Stolzes, von der eine zwar nicht völlig sichere, aber nicht unglaubwürdige Nachricht meldet. Es genügte ihr nicht, daß sie im Jahre 1752 den Herzoginnen gleichgestellt war: sie wollte Prinzessin sein und erreichte so viel, daß im Jahre 1754 Friedrich II der Vorschlag gemacht wurde, das Fürstenthum Neuenburg für ihre Lebenszeit auf sie zu übertragen. Aber sie erfuhr die Demüthigung, daß dieser Antrag abgelehnt wurde, und sah von nun an in dem Könige von Preußen ihren erklärten Feind. Er sollte fühlen, wen er beleidigt habe.

Zwar vorläufig verrieth auch dem kundigen und aufmerksamen Beobachter noch nichts eine Aenderung der französischen Politik. Nach wie vor empfieng König Friedrich von Preußen die geheimsten Mit-

theilungen, und sein Gesandter, Dodo Heinrich Reichsfreiherr von Inn- und Knyphausen, genoß das besondere Vertrauen, welches dem Vertreter eines befreundeten Monarchen gebührte. Knyphausen muß vermöge seiner Talente und Leistungen zu den vorzüglichsten Diplomaten gezählt werden, welche Preußen je gehabt hat. Er stammte aus einem alten Hause friesischer Edlen und Häuptlinge, welches seit dem sechzehnten Jahrhundert eine Reihe ausgezeichneter Generale und Staatsmänner in oranischen, schwedischen, später brandenburgischen Diensten hervorbrachte. Sein Vater war Staats- und Cabinetsminister des Königs Friedrich Wilhelm I und bemühte sich als solcher die Doppelheirath zwischen dem hannoverschen und preußischen Königshause durchzusetzen: als diese durch Seckendorffs und Grumbkows Intriguen vereitelt ward, erhielt er seine Entlassung. Dodo Heinrich selbst betrat die diplomatische Laufbahn zuerst als Secretär der Gesandtschaft am schwedischen Hofe und ward alsdann dem Grafen Marishal beigegeben, als dieser im Jahre 1752 den Posten eines preußischen Gesandten in Paris übernahm. An der Seite dieses edlen und vielerfahrenen Mannes, dem er stets das dankbarste Andenken bewahrte, bildete sich Knyphausen zum Diplomaten aus und gewann seine Anerkennung sowie das Vertrauen des Königs und der Minister von Podewils und Finckenstein bald in vorzüglichem Grade. Der vollgiltigste Beweis davon ist, daß, als Graf Marishal wegen seines Alters und abnehmenden Gedächtnisses seinem Posten nicht mehr zu genügen vermochte, er im November 1753 ermächtigt wurde, sich von Knyphausen vertreten und durch ihn die regelmäßigen Berichte erstatten zu lassen. Wenige Monate darauf übertrug König Friedrich II dem Grafen Marishal den Ruheposten eines Gouverneurs von Neuenburg, und Knyphausen ward in dem jugendlichen Alter von fünfundzwanzig Jahren bevollmächtigter Minister am französischen Hofe. Durch die Lebendigkeit und Schnellkraft seines Geistes, seine feine Bildung, seinen edlen Geschmack und seinen Kunstsinn gewann er die Gunst der höheren französischen Gesellschaft und die Zuneigung der angesehensten Männer, und seine wachsame Umsicht, seine klare und scharfe Auffassung und sein nach Marishals Urtheil bewundernswürdiges Gedächtniß verlieh seinen Berichten einen vorzüglichen Werth. König Friedrich lohnte ihm durch sein Vertrauen, versäumte jedoch

nicht, so oft in den ersten Jahren seine Relationen ihm oberflächlich und gehaltlos erschienen, ihn mit strenger Rüge auf die wesentlichen Gegenstände hinzuweisen, denen er seine Aufmerksamkeit zuwenden sollte. Die ausgezeichneten Dienste, welche Knyphausen als Gesandter zu Paris und dann zu London dem preußischen Staate leistete, hoben sein angeborenes Selbstgefühl und gaben ihm das Recht, nicht bloß des Königs Befehle zu vollziehen und ihm auf das freimüthigste zu berichten, sondern auch Rathschläge zu ertheilen, welche jederzeit sorgfältig erwogen und oft befolgt wurden.

Knyphausen war durchdrungen von der Wichtigkeit der französischen Allianz für Preußen, und obwohl er die Erbärmlichkeit der Cabinetsregierung eines Ludwig XV gebührendermaßen würdigte, hielt er es doch für möglich, daß eine Umwandlung zum besseren eintrete, welche Frankreich in kurzem wieder zu seinem früheren Ruhm und Ansehen erheben werde. Deßhalb ließ er es seine angelegentlichste Sorge sein, diese Allianz aufrecht zu erhalten und, als der Termin, bis zu welchem sie geschlossen war, zu Ende gieng, ihre Erneuerung einzuleiten.

Längere Zeit verlief über den französisch-englischen Streithändeln, ehe von Feindseligkeiten in Europa überhaupt die Rede war: erst seit dem Frühjahre 1755 wurde der Fall eines Continentalkrieges ernstlich erwogen. Im April brachte Rouillé einen Angriff auf Hannover zur Sprache, zu welchem Preußen mitwirken sollte: Friedrich II aber erklärte sofort, daß er sich auf ein solches Project nicht einlassen könne, um so weniger, da Frankreich den Vertrag von 1744 nicht erfüllt und 1745 Preußen im Stiche gelassen habe. Dagegen wies er die französische Regierung auf Flandern hin, das für sie in einem Feldzuge zu gewinnen stehe. Für die englische Nation konnte auf dem Continente keine empfindlichere Stelle getroffen werden: waren doch erst im letzten Frieden um den Preis der Räumung der Niederlande die eroberten französischen Colonialgebiete von den Engländern zurückgegeben worden. Zunächst ließ nun Rouillé die Sache fallen, nicht ohne gelegentlich die Besorgniß zu äußern, daß der König von England Preußen zur Neutralität bestimmen werde. Das geschah lange bevor dazu irgend ein Schritt gethan wurde, aber Rouillé faßte keinen Entschluß, um durch Befestigung des französisch-preußischen Bündnisses solchen Anträgen Englands zuvorzukommen.

Friedrich II war fest überzeugt, daß England und Frankreich sich nicht mehr über einen Frieden verständigen würden. Im Juni 1755 reiste er an den Rhein und nach Holland und beschied Knyphausen nach Wesel, um mit ihm mündlich den Stand der Dinge zu besprechen. Der Inhalt dieser Unterredungen ist nicht verzeichnet; nur auf einen Ausspruch den er gethan beruft sich der König noch einige Wochen später: daß, da die Erklärungen, welche die englischen Minister dem französischen Gesandten de Mirepoix ertheilt hätten, von der Nation nicht autorisirt gewesen, dieser Gesandte sie nur habe ansehen dürfen als Privatmeinungen einiger englischer Minister, nicht als eine Antwort von Nation an Nation.

Mittlerweile war König Georg II angelegentlichst um die Sicherung seines Kurfürstenthums Hannover bemüht. Am 18. Juni unterzeichnete der britische Staatssecretär Holdernesse zu Hannover einen Subsidienvertrag mit dem Landgrafen von Hessen-Kassel über die Stellung hessischer Truppen zum Dienst der englischen Krone in Deutschland, den Niederlanden oder England. Dem Herzoge von Braunschweig eröffnete Georg II die Aussicht auf die Vermählung seiner Tochter mit dem Prinzen von Wales und erbot sich, seine Truppen gegen eine doppelt so hohe Zahlung, als der preußisch-französische Vertrag ihm gewährte, in Sold zu nehmen. Der Herzog erklärte, nach Ablauf seines Vertrages mit Frankreich, d. h. mit Ende des Jahres 1756, sei er nicht abgeneigt auf dieses Anerbieten einzugehen. Kurz der braunschweigische Hof, welcher bisher mit Hannover gespannt war, suchte jetzt dessen Freundschaft und war bereit, auch die Verständigung zwischen Preußen und Hannover einzuleiten. Alles dieß wußte Rouillé. Dazu verfehlte Knyphausen nicht zu erinnern, daß der Allianzvertrag zwischen Preußen und Frankreich bald ablaufe; aber nichts vermochte die französische Regierung aus ihrer Indolenz zu reißen.

Da kam am 18. Juli der von der französischen Gesandtschaft in London eingesandte Bericht von dem Seegefechte, welches die englischen Kriegsschiffe den französischen bei Neufundland am 8. Juni geliefert hatten, und traf das französische Cabinet wie ein Wetterschlag aus heiterem Himmel: denn es hatte keine Gefahr anziehen sehen oder doch sich die Miene gegeben keine zu befürchten. Jetzt schien es Entschlüsse fassen und sich mit Friedrich II berathen und verbünden zu

wollen. Am 24. Juli erklärte Rouillé dem preußischen Gesandten, daß der König den Herzog von Nivernois zu einer vertraulichen Sendung an den preußischen Hof ausersehen habe, um seine Absichten mitzutheilen und gemeinsame Maßregeln gegen England zu vereinbaren. Rouillé bemerkte, daß Nivernois nur kurze Zeit, bloß zur Ausführung dieses Auftrages in Berlin verweilen solle, aber fügte hinzu, da es jetzt nothwendiger als je sei, am preußischen Hofe einen Vertreter zu haben, der Friedrich II genehm sei und sein Vertrauen genieße, so werde man unverzüglich den jetzigen Gesandten, de la Touche, abberufen und durch den Marquis de Valori ersetzen oder wen sonst der preußische Monarch wünschen möge. Von der einen wie der andern Ernennung durfte Friedrich sich das beste versprechen, vorausgesetzt daß die Abgesandten das Vertrauen ihrer Regierung besäßen. Aber sein Bedenken, daß diese keinen Plan und kein bestimmtes System verfolge, ward nicht gehoben, und der stets zunehmende Einfluß der Pompadour, die schon damit umgieng den Abbé Bernis zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu machen, war nicht geeignet ihm eine andere Meinung beizubringen. Alle Umstände bestärkten ihn in dem Vorsatze seine neutrale Haltung zu wahren. Einer Mittheilung, daß Frankreich mit dem sächsischen Hofe einen Subsidienvertrag zu schließen gedenke, setzte er die bestimmte Erklärung entgegen, mit diesem nicht in derselben Allianz sein zu wollen, und Rouillé versprach die betreffende Verhandlung fallen zu lassen.

Während die französische Regierung unentschieden hin und her schwankte, empfieng König Friedrich ein Schreiben von seinem Schwager, dem Herzog Karl von Braunschweig, des Inhaltes, daß Lord Holdernesse am 10. August bei ihm erschienen sei und den Wunsch ausgesprochen habe, unter seiner Vermittelung mit Preußen Maßregeln zu vereinbaren, um die Ruhe Deutschlands bei dem bevorstehenden Kriege zu sichern. Zu diesem Zwecke begehrte er ein förmliches Versprechen des Königs von Preußen, daß er nichts gegen das Kurfürstenthum Hannover unternehmen und eine etwaige französische Invasion desselben nicht unterstützen sondern vielmehr verhindern wolle. Friedrich II erwiderte dieses Entgegenkommen zunächst mit dem Vorschlage, man möge doch dem drohenden Uebel nicht mit Palliativmitteln begegnen, sondern es an der Wurzel angreifen und versuchen, die ame-

rikanischen Streitigkeiten durch einen redlichen Frieden beizulegen. Wenn befreundete Mächte, etwa Oesterreich und Preußen, sich der Vermittelung unterzögen und England und Frankreich ihre guten Dienste genehm hielten, stehe zu hoffen, daß bis zum nächsten Frühjahre der Friede hergestellt sei. An diesem heilsamen Werke erklärte er seinerseits mit allem möglichem Eifer arbeiten zu wollen. Auf diesen Vorschlag gieng Georg II nicht ein; er ließ vielmehr durch Holdernesse antworten, daß der Gegenstand des Streites für die englischen Colonien in Amerika von der äußersten Wichtigkeit sei, und daß Frankreich so ungerechte Ansprüche erhebe und so wenig Neigung zur Versöhnung gezeigt habe, daß er nicht habe unterlassen können, die nachdrücklichsten Gegenmaßregeln zu ergreifen, und von einem neuen Versuche zur Ausgleichung sich keinen Erfolg verspreche. Um auch den König von Preußen davon zu überzeugen, machte sich Holdernesse anheischig, sobald er nach England zurückgekehrt sei, eine klare Darstellung von dem Stande der Sache und den Verhandlungen mit Frankreich zu geben. Inzwischen sprach er von neuem das Verlangen seines königlichen Herrn aus zu wissen, was er im Falle eines französischen Angriffes auf Hannover von der Freundschaft des Königs von Preußen zu erwarten habe.

Die Wichtigkeit dieser Eröffnungen verkannte Friedrich der Große keinen Augenblick. Eben damals begann der amerikanische Krieg sich auch auf Europa auszudehnen, und die jüngsten Maßregeln der Engländer zerstörten vollends die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens. König Friedrich sah voraus, daß der französische Hof ihn von neuem zu einer Invasion Hannovers drängen werde. Zu einer solchen war er von Anfang an entschlossen nicht mitzuwirken: er kam aber jetzt zu der klaren Erkenntniß, daß er sie verhindern müsse, um Deutschland vor den Leiden eines europäischen Kriegs und seine Staaten vor feindlichen Angriffen zu sichern. Deßhalb lag es im deutschen und im preußischen Interesse die Neutralität Hannovers ausdrücklich zu stipuliren. Eine solche Convention konnte bewirken, daß der ihm so feindselige russische Hof Frieden hielt, mit dem wie er wohl wußte ein englischer Subsidienvertrag so gut wie abgeschlossen war. Was Frankreich betraf, so hatte dessen Regierung jüngst einen solchen Wi-

derwillen gegen einen Continentalkrieg bezeigt, daß kaum zu bezweifeln war, sie werde gegen einen Vertrag, der den Frieden Deutschlands sicherte, wenig einzuwenden haben. Jedenfalls war nach den obwaltenden Verhältnissen nicht anzunehmen, daß sie einer solchen Uebereinkunft zwischen Preußen und England zuwider den Entschluß fassen sollte, auf eigne Gefahr den Krieg nach Deutschland zu spielen. Deßhalb setzte Friedrich II durch die Hand des Herzogs von Braunschweig den Briefwechsel mit Holdernesse fort und gab zu verstehen, daß, wenn der König von England annehmbare Vorschläge thue, man sich vielleicht über die Neutralität von Hannover einigen könne, daß Preußen aber bestimmt sich nicht zuerst aussprechen werde. Zugleich aber ließ er durch seinen Gesandten in Paris an Rouillé die Meldung gelangen, daß ihm eigenthümliche und wichtige Anträge gemacht seien, über die er sich vorbehalte, dem Herzoge von Nivernois sogleich nach seiner Ankunft das nähere mitzutheilen. Diese Mittheilung, deren Beziehung auf England keinen Augenblick verkannt wurde, nahm der französische Hof mit Dank entgegen, und es hatte den Anschein, als solle Nivernois' Sendung nunmehr beschleunigt werden. Knyphausen war am 24. October im Stande über den wesentlichen Inhalt der für Nivernois bestimmten Instructionen zu berichten. Diese giengen dahin dem Könige von Preußen den Plan für den Seekrieg und die dafür getroffenen Maßregeln zu entwickeln; ferner über die Diversion gegen Hannover seine Meinung zu vernehmen und die Mittel darzulegen, welche Frankreich anwenden wolle, um Preußen vor einem russischen Angriffe sicher zu stellen. Diese sollten bestehen erstens in einem Manifeste der osmanischen Pforte, wo möglich mit Truppenbewegungen verbunden; zweitens einem zwischen Schweden und Dänemark zu stiftenden Seebunde; drittens einer Conföderation in Polen, um den Durchmarsch der Russen zu verhindern; viertens einem Bunde deutscher Fürsten auf der Basis gegenseitiger Garantie ihrer Besitzungen. Für den Fall, daß Friedrich auf die französische Proposition eingehe, war Nivernois befugt, des Königs Meinung über die Preußen zu gewährenden Vortheile zu vernehmen, und eine besondere Weisung ermächtigte ihn, demselben die Garantie von Ostfriesland und den Besitz der neutralen westindischen Inseln Tabago, St. Vincent, St. Lucie anzubieten, zu deren Eroberung ihm Frankreich leicht verhelfen könne.

Auch sollte er versuchen, den König zu bestimmen, daß er zu dem französisch-sächsischen Subsidienvertrage seine Zustimmung gebe.

Das war der Inhalt der Propositionen, auf Grund deren Nivernois die französisch-preußische Allianz erneuern sollte. Unbestimmt und jämmerlich (misérables) wie sie waren dienten sie nur dazu Friedrich II in dem Entschlusse zu bestärken, sich durch Frankreich nicht in den Krieg verwickeln zu lassen, und ihn zu überzeugen, daß die französische Allianz ihm kaum noch irgend eine Gewähr biete. Denn während man ihn zum Angriffe auf Hannover trieb, hatte man zum Schutze Preußens nur Phrasen und haltlose Projecte in Bereitschaft, und die auf Westindien angewiesene Entschädigung erschien ihm vollends als eine Lächerlichkeit. Dazu kam, daß die seit dem Juli so oft als unverzüglich bevorstehende Sendung von Nivernois immer wieder hinausgeschoben wurde, Beweis genug, wie wenig dem französischen Hofe an der Erneuerung des preußischen Bündnisses gelegen war. Ohne irgend eine Meldung davon empfangen zu haben, schöpfte König Friedrich aus dem Verfahren der französischen Regierung Verdacht, daß zwischen den Höfen von Versailles und Wien geheime Verhandlungen gepflogen würden, und stand deßhalb um so weniger an, ohne den französischen Botschafter abzuwarten, auf die von England angetragene Neutralitätsconvention einzugehen, ein Entschluß, zu welchem die Rücksicht auf den Kriegseifer des russischen Hofes den Ausschlag gab.

Friedrichs II Muthmaßung, daß ein Bündniß zwischen Oesterreich und Frankreich im Werke sei, erwies sich durch den ferneren Verlauf der Dinge als wohl begründet: jedoch ist es uns noch nicht vergönnt, auf Grund authentischer Zeugnisse den Gang der geheimen Verhandlungen vollständig zu enthüllen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der österreichische Hof, seit sein Bruch mit England entschieden war, also seit dem Juli 1755 seine Bemühungen um die französische Allianz verdoppelte. Die Pariser Gesellschaft trug sich mit Anekdoten über einen Brief, den die Kaiserin in freundschaftlichen Ausdrücken an die Pompadour geschrieben habe. Dieß hat Maria Theresia aufs nachdrücklichste geleugnet: sie giebt nur zu, der Marquise und zwar im Jahre 1756 ein nicht sowohl prächtiges als artiges Geschenk gemacht zu haben. Ihre Minister hätten ihr den

Hof machen müssen wie alle andern, aber ein vertrauliches Verhältniß habe nicht bestanden; die Verhandlungen seien nicht durch sie gegangen. Das letztere ist nicht wahr. Wenn auch die Kaiserin ihrer Frauenwürde nicht so viel vergab, um der Pompadour mit eigenhändigen Briefen zu schmeicheln, so haben Kaunitz und Starhemberg es in ihrem Namen und Auftrage um so eifriger gethan und ihren Zweck durch die regierende Maitresse zu erreichen gesucht. Es ist Thatsache, daß sie es war, welche im August 1755 den Conseilbeschluß bewirkte, bei dem Kriege mit England die österreichischen Niederlande unangefochten zu lassen. Gerade zu derselben Zeit wurden Ludwig XV scharfe Worte Friedrichs des Großen über die Schwäche und Kopflosigkeit der französischen Regierung hinterbracht, welche ihn mit Aerger und Mißtrauen erfüllten, und welche er nie verziehen hat. Um so eher erklärte er sich geneigt den österreichischen Allianzvorschlägen Gehör zu geben und nahm einen Entwurf derselben im September von dem Gesandten der Kaiserin entgegen, bei dem es sich um nichts geringeres handelte als um eventuelle Abtretung der österreichischen Niederlande an Ludwigs XV Schwiegersohn Don Philipp von Parma, wenn nämlich zuvörderst Frankreich das Bündniß mit Preußen gelöst habe. Ludwigs XV persönlichen Neigungen entsprach die Idee einer Allianz der katholischen Höfe, welche den akatholischen Mächten Gesetze vorschreiben könne, und er ließ die Verhandlungen darüber durch ein geheimes Comite (nicht durch das Conseil) eröffnen, bei welchem Bernis die Hauptrolle zufiel. Aber selbst die Creaturen der Pompadour verhehlten sich die Bedenken nicht, welche der Rücktritt von dem langerprobten Systeme französischer Politik und der Bruch mit Preußen zumal im Angesichte des Krieges mit England haben mußte, und so gieng das Resultat der Berathungen dieses Comites dahin, daß Frankreich, bevor es sich über die österreichischen Vorschläge entscheiden könne, die weiteren Schritte Englands und Preußens abwarten müsse. Einstweilen ward ein Unions- und Garantievertrag beider Höfe für ihre Besitzungen in Europa von Bernis entworfen, dem auch Preußen sollte beitreten können. Ein solcher Mittelweg entsprach den Absichten der Kaiserin so wenig als den Wünschen Ludwigs XV, aber die Verhandlungen wurden fortgesetzt. Die Hauptsache war, daß die beiden Monarchen einig darüber waren,

unter näher festzustellenden Bedingungen ein enges Bündniß abschließen zu wollen.

Ueber diese Verhandlungen hat Duclos in seinen geheimen Denkwürdigkeiten einen Bericht gegeben, auf dessen Einzelheiten nicht zu großes Gewicht zu legen ist, zumal Duclos ihn erst nach Ende des Krieges niedergeschrieben hat, der aber im allgemeinen als glaubwürdig gelten darf und in wesentlichen Stücken durch andere zuverlässige Nachrichten bestätigt wird.

Wir haben gesehen, daß der königliche Geheimerath im Juli beschloß, vor allen Dingen sich mit dem Könige von Preußen zu verständigen: der Marschall von Belleisle und der Herzog von Nivernois bekannten sich als Vertreter dieser Politik, und damals schien auch Bernis derselben Ansicht zu sein. Aber so gute Worte auch dem preußischen Gesandten gegeben wurden, schon im August verräth nichts, daß dem französischen Hofe an dem Einverständnisse mit Friedrich II etwas gelegen sei. Dagegen gieng im September ein französischer Emissär, der sich Douglas nannte, nach Petersburg, wie er dort sagte auf ärztlichen Rath, um die Wohlthat des kalten Klimas zu genießen. Er verkehrte mit dem österreichischen Gesandten und mit den Grafen Schuwaloff, den Günstlingen der Kaiserin, und erreichte den Zweck, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland einzuleiten. Eine solche Mission in der Zeit, wo der englisch-russische Subsidienvertrag abgeschlossen ward, würde unbegreiflich sein, wenn wir nicht erführen, daß der französische Hof — ohne Zweifel aus österreichischen Mittheilungen — überzeugt war, die Czarin werde binnen sechs Monaten ihren Vertrag mit England brechen. Der Einfluß von Bernis am Hofe von Versailles wuchs sichtlich: er ward zur Mission nach Madrid ausersehen, aber so wichtig diese auch war, seine Abreise verschob sich bald ins unbestimmte. Gegner einer Allianz mit Oesterreich wurden dahin gebracht, aus dem Conseil auszutreten, wie St. Severin, oder ihre beabsichtigte Berufung in dasselbe unterblieb, so bei Belleisle. Weder mit diesem noch mit dem Prinzen Conti sprach der König in dieser ganzen Zeit ein Wort über Staatsangelegenheiten. Nivernois klagte gegen Knyphausen, daß er den König nicht dahin bringen könne, ihm den Befehl zur Abreise nach Berlin zu ertheilen. Die für ihn bestimmten In-

structionen enthalten nichts, was mit der schließlichen Proposition von Bernis, einem französisch-österreichischen Garantievertrage, im Widerspruche stünde. Der Minister Rouillé schob die vorläufig verzögerte Entschließung darauf, man müsse die englische Thronrede abwarten: als diese, den 13. November gehalten, nichts weniger als versöhnlich lautete, wollte man sehen, was das Parlament darauf beschließe. In dem gleichen Verhältniß, wie der französische Hof sich Preußen entfremdete, trat ein vertrauteres Verhältniß zu Oesterreich ein. Rouillé scheint freilich noch im September des Glaubens gewesen zu sein, daß Oesterreich sich nie von England trennen werde; er galt in der That so wenig, daß man die wichtigste Verhandlung hinter seinem Rücken einleitete. Später leugnete er zwar, daß mit Oesterreich ein Neutralitätsvertrag geschlossen sei, aber sprach doch von allgemeinen Zusicherungen, die man gegeben und empfangen habe. Die sächsische Verhandlung nahm unter Oesterreichs Befürwortung ihren Fortgang, obgleich Rouillé Anfang September versichert hatte, sie abbrechen zu wollen, und als Friedrich II von neuem erklärte, daß von Frankreichs Verfahren in dieser Angelegenheit die Erneuerung seines Bündnisses abhange, erwiderte der Minister, die Verhandlungen mit dem sächsischen Hofe seien schon zu weit vorgeschritten, als daß man noch mit Ehren zurücktreten könne, wenn sich dafür nicht ein triftiger Vorwand darbiete. Ernstlich war diese Ausrede nicht gemeint: vielmehr ward der französische Gesandte am Dresdner Hofe gerade jetzt zu weiteren Schritten in der Sache ermächtigt.

Alle diese Umstände geben uns die Bestätigung, daß seit dem August 1755 Ludwig XV sich dahin entschied, auf die von Oesterreich angetragene Allianz einzugehen, daß jedoch vorläufig noch Preußen eine Stelle in dem neuen Systeme zugedacht ward, unter der Voraussetzung, daß es sich gegen Hannover gebrauchen lasse. Indessen wurde die Mission an König Friedrich II so lange hinausgeschoben, bis die Meldung erfolgte, daß England auf dem Puncte stehe, mit Preußen einen Neutralitätsvertrag abzuschließen.

Der britische Staatssecretär Graf Holdernesse hatte nämlich unter dem 30. September das im August verheißene Exposé über die Angelegenheiten der britischen Colonien an den Herzog von Braunschweig gesandt und zugleich den Antrag auf eine Neutralitätsconvention

erneuert. König Friedrich erwiderte am 13. October mit der Versicherung, daß er nie irgend eine Absicht gegen die deutschen Lande des Königs von England gehegt habe, auf die er weder Rechte noch Ansprüche besitze, verlangte aber, ehe er einen weiteren Schritt thue, bestimmtere Vorschläge von Seiten Englands. Inzwischen war der englisch-russische Subsidienvertrag am 30. September zu Petersburg unterzeichnet, und die Berichte, welche König Friedrich von seinen Gesandten, namentlich in Wien und dem Haag, einforderte, lauteten dahin, daß die russische Regierung, feil und habsüchtig wie sie sei, fortan ohne Zweifel von dem englischen Golde abhangen werde. Das war auch die feste Ueberzeugung der englischen Minister. Am 28. November machten die Staatssecretäre Holdernesse und Fox dem preußischen Gesandtschaftsecretär Michell Mittheilung von dem mit Rußland geschlossenen Vertrage und erklärten zugleich, es stehe bei dem Könige von Preußen, den Marsch russischer Truppen zu verhindern. Der König von England hege keine feindselige Gesinnung gegen Preußen, sondern sei bereit, nicht allein alle älteren Garantieacte zu erneuern, sondern sich eng mit ihm zu verbinden, um den Frieden in Deutschland zu erhalten. Diese Proposition nahm Friedrich der Große am 9. December an und erklärte sich einverstanden, auf die Dauer der gegenwärtigen Kriegswirren mit dem Könige von England einen Neutralitätsvertrag zur Erhaltung des Friedens in Deutschland abzuschließen. Der englischerseits aufgestellte Entwurf gieng Ende des Monats bei Friedrich II ein und ward fast unverändert angenommen: bereits am 16. Januar konnte Louis Michell, nunmehr als preußischer Geschäftsträger, zu Westminster den Neutralitätsvertrag unterzeichnen, in welchem England und Preußen sich verpflichteten, während der Zwistigkeiten, welche sich in Amerika zwischen England und Frankreich erhoben haben, den Frieden in Deutschland zu erhalten und dem Einmarsche fremder Truppen nöthigenfalls mit vereinten Streitkräften zu wehren. In einer besonderen Uebereinkunft wurden die seit Jahren zwischen England und Preußen obschwebenden Streitfragen abgethan und so nach mehr als fünfundzwanzigjähriger Entfremdung der Weg zu freundlichem Einvernehmen ernstlich betreten.

Die nächste Frage war, wie Frankreich, Preußens bisheriger

Alliirter, diesen Neutralitätsvertrag aufnehmen werde. König Friedrich hatte am 22. December seinen Gesandten angewiesen der französischen Regierung mitzutheilen, daß England ihm neue Vorschläge zur Aufrechthaltung der Neutralität Deutschlands gemacht, und am 3. Januar 1756 die Erklärung hinzugefügt, daß er im Hinblick auf die von Oesterreich und Rußland gegen seine Staaten beabsichtigten Angriffe sich veranlaßt sehe auf diese Anträge einzugehen. Inzwischen hatte schon auf die von Wien aus empfangene Meldung, daß England daran sei, mit Preußen und anderen Staaten einen Neutralitätsbund zu schließen, der Herzog von Nivernois seine so lange verschobene Reise angetreten und traf am 12. Januar in Berlin ein. Nach seiner Antrittsaudienz am 14. Januar ließ er einen Tag nach dem andern vergehen ohne von Geschäften zu sprechen: inzwischen redete er, ein vollendeter Hofmann, mit Bewunderung von dem Könige, den Manufacturen, von allem was er in Berlin sah. Erst am königlichen Geburtstage, dem 24. Januar, unterredete er sich mit Friedrich dem Großen auf Grund der diesem längst bekannten Instructionen und trug im Namen des Königs von Frankreich auf Erneuerung der Allianz von 1741 und Preußens Mitwirkung zur Invasion Hannovers an. In seiner Geschichte des siebenjährigen Krieges erzählt König Friedrich, er habe Nivernois auf das Anerbieten von Tabago als Entschädigung erwidert, man möge sich nach einem geeigneteren Gouverneur von Barataria umsehen — der Insel des Sancho Pansa. Die ernste Seite der Verhandlung, nämlich die Gründe, durch welche er den französischen Bevollmächtigten von seinem Rechte und seiner Pflicht zu überzeugen suchte, in dem jetzigen Kriege neutral zu bleiben und dieser Neutralität sich durch einen förmlichen Vertrag mit England zu versichern, hat er zur Instruction seiner Minister noch an demselben Tage niedergeschrieben. Sein Recht leitete er daher, daß er Frankreichs amerikanische Besitzungen nicht garantirt habe, daß also der daraus entsprungene Krieg ihn nicht angehe; daß seine Defensivallianz mit Frankreich ihn zu keinem offensiven Schritte verpflichte: endlich daß diese Allianz abgelaufen sei, ihn also nicht weiter binde. Seine Pflicht gründete er darauf, daß es kein anderes Mittel gebe, den Einmarsch der Russen und damit den Krieg in Deutschland zu vermeiden, bei welchem Rußland und

Oesterreich ihn mit doppelter Macht und zwar von verschiedenen Seiten angreifen würden. Er suchte darzuthun, daß die durch seinen Vertrag mit England verbürgte Neutralität Deutschlands für Frankreich eben so zuträglich wie für Preußen im gegenwärtigen Augenblicke unabweislich sei. Uebrigens stehe jener Vertrag der Erneuerung seiner Defensivallianz mit Frankreich durchaus nicht im Wege, vielmehr sei er zu dieser auch jetzt noch bereit.

Friedrich der Große sollte bald erfahren, daß seine Gründe auf den französischen Hof keinen Eindruck machten, sondern daß dort einzig und allein Rücksichten äußerer Convenienz und persönliche Stimmungen den Ausschlag gaben. Am 21. Januar, also drei Tage vor jener Unterredung Friedrichs des Großen mit dem französischen Bevollmächtigten, brachte der Minister Rouillé selbst die Bemühungen Englands um einen Neutralitätsbund zur Sprache. Knyphausen suchte ihn zu überzeugen, daß für Frankreich nichts vortheilhafter sein könne, als wenn während des Seekrieges der Continent in Frieden bleibe. Auch scheine Frankreich ja eine Invasion Hannovers aufgegeben zu haben, ein Unternehmen, das in Folge der von England geschlossenen Bündnisse nothwendig einen europäischen Krieg herbeiführen müsse. Rouillé gab zu, daß ein Einfall in Hannover mit Schwierigkeiten verbunden sei. „Indessen" sagte er, „wenn dieß auch unsere gegenwärtige Ansicht ist und es allen Anschein hat, daß wir in Deutschland nichts unternehmen werden, so würde es doch sehr demüthigend für uns sein, wenn uns die Hände gebunden wären." Einen andern Ton schlug Rouillé schon nächster Tage an, als vom Haag und von London der bevorstehende Abschluß des englisch-preußischen Vertrages gemeldet ward: wenn Frankreich sich in einem so kritischen Augenblicke von Preußen verlassen sehen sollte, werde es leicht Gelegenheit finden Vergeltung zu üben.

Alsbald verbreitete sich die Nachricht von der am 16. Januar erfolgten Unterzeichnung des Vertrages, und nun konnte Rouillé nicht Worte genug finden, um auszudrücken, wie schmerzlich es dem Könige von Frankreich gewesen sei, den Abschluß eines solchen Vertrages in demselben Augenblicke zu vernehmen, welchen er gewählt habe, um dem Könige von Preußen das kostbarste Unterpfand seiner Freundschaft darzubieten und ihm durch eine feierliche Gesandtschaft die

Gesinnungen des zärtlichsten und aufrichtigsten Vertrauens zu bestätigen. Wenigstens hätte der König von Preußen, dem diese Sendung vor mehreren Monaten angekündigt sei, dem Ruhme des Königs die Demüthigung ersparen können, daß ein erlauchter Bürger, der sich durch seine Anhänglichkeit für den preußischen Monarchen hervorgethan, bei dieser Gelegenheit den Feinden Frankreichs zur Trophäe diente. So viel war von vorn herein klar, daß die Sache an sich und das Interesse des französischen Staates kaum erwogen wurden; vielmehr sprachen Rouillé und andere Minister wiederholt aus, daß man sich über die Neutralität habe verständigen können: sondern es handelte sich um die Form. Ludwig XV sah nur darauf, daß Friedrich II aus seiner Verhandlung mit England ihm ein Geheimniß gemacht habe, und daß die Sendung des Herzogs von Nivernois damit ins lächerliche falle. Das reichte hin, das Maß seines Verdrusses über Friedrich den Großen voll zu machen und ihn in dem schon früher gefaßten Beschlusse zu bestärken, sich mit der Kaiserin Maria Theresia gegen ihn zu verbinden. Zwar wurden noch die Formen gewahrt: Nivernois blieb bis zum April in Berlin und stellte vor seiner Abreise Valori als den neuen Gesandten am preußischen Hofe vor, in welchem König Friedrich einen alten werthen Freund seines Hauses begrüßen durfte. Aber diese nunmehr rein äußerlichen Rücksichten sollten nur dazu dienen, die Entwürfe des feindlichen Lagers zu verdecken. Die preußisch-französische Allianz war zu Ende, und am 1. Mai 1756 wurden zu Versailles die ersten vorläufigen Bundesverträge zwischen Frankreich und Oesterreich unterzeichnet. Sie bildeten die Basis für das weitschichtige Bundes- und Tauschproject, welches die Karte von Europa umgestalten und Preußen nach dem Verluste von Schlesien und anderen Provinzen aus der Reihe der Großmächte streichen sollte. Darüber war man im wesentlichen im Sommer 1756 einig geworden, als Friedrich der Große den Entwürfen seiner Feinde zuvorkam und nach dem Grundsatze melius praevenire quam praeveniri den Krieg eröffnete.
